

Differenzierungen für Deutschland zum Bildungsbericht der OECD "Bildung auf einen Blick 2017"

Ergänzungsstudie des Statistischen Bundesamts und kritische Bewertung

Zusammenfassung und Bewertung

19. September 2017

Zusammenfassung

Parallel zum Erscheinen der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick – Education at a Glance 2017“ hat das Statistische Bundesamt eine Ergänzungsstudie für Deutschland veröffentlicht, die die Ergebnisse der OECD für die einzelnen Bundesländer durchdekliniert. Dabei wird deutlich: Der Blick auf Deutschland muss differenziert auf die einzelnen Bundesländer fallen, die sich durch unterschiedliche Situationen auszeichnen. Festzuhalten ist auch: Weder die OECD-Studie noch die deutsche Ergänzungsstudie greifen wichtige Themen wie den bestehenden bzw. drohenden Lehrermangel oder den Ausbau der frühkindlichen Bildung für Unter-3-Jährige auf. Im MINT-Bereich ist zudem eine stärkere Differenzierung notwendig.

MINT-Absolventen: Differenzierung dringend notwendig

OECD und BMBF heben den hohen Anteil von 37 % der MINT-Hochschulabsolventen deutscher Hochschulen hervor (höchster Wert aller OECD-Staaten, gefolgt von Indien mit 31 %, Korea mit 30 % und Österreich mit 29 %).

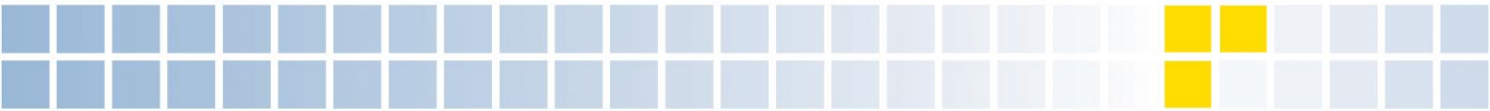
Die von der OECD verkündete vermeintlich gute Lage im Bereich der MINT-Bildung ist kritisch zu hinterfragen. Zwar zeigen auch die halbjährlich veröffentlichten MINT-Reports des IW Köln, dass der MINT-Anteil bei den Hochschulabsolventen in Deutschland unter allen OECD-Staaten am höchsten ist. Jedoch ist die Studienabsolventenquote

in Deutschland niedrig, wodurch sich ein eher durchschnittliches Gesamtbild für die MINT-Fachkräftesicherung im akademischen Bereich ergibt.

Entscheidend für die Frage, ob der MINT-Fachkräftenachwuchs gesichert ist, ist auch die Wirtschaftsstruktur des jeweiligen Landes, die von der OECD nicht thematisiert wird. Deutschland hat als Hochtechnologiestandort einen sehr hohen MINT-Fachkräftebedarf. Daher fällt die Ersatzquote (Anzahl der Erstabsolventen in MINT-Studienfächern pro 1.000 Erwerbstätige) lt. MINT-Frühjahrsreport 2017 mit 2,59 eher durchschnittlich aus. Um den Fachkräftebedarf durch die Hochschulausbildung zu decken, werden pro 1.000 Erwerbstätige rd. 2,8 Hochschulabsolventen eines MINT-Studiengangs benötigt. Sehr kritisch ist die Situation im Bereich der beruflich qualifizierten MINT-Kräfte (Facharbeiter, Meister, Techniker) – ebenfalls ein Bereich, der von der OECD nicht dezidiert betrachtet wird. Hier wächst die Fachkräftelücke deutlich von Monat zu Monat. Aktuell fehlen insgesamt rd. 270.000 MINT-Fachkräfte (akademisch und beruflich qualifiziert).

Deutlicher Anstieg der Studienanfängerquoten ist auch kritisch zu beleuchten

Zwischen 2005 und 2015 ist die Zahl der Studienanfänger um 20 Prozentpunkte von 43 % auf 63 % gestiegen, was dem höchsten Anstieg im OECD-Vergleich entspricht. Unabhängig von ihrer Fachrichtung weisen Erwachsene mit Tertiärabschluss gute



Arbeitsmarktergebnisse auf. Die Beschäftigungsquote der 25- bis 64-Jährigen mit Tertiärabschluss belief sich in Deutschland auf 88 % (OECD 84 %). Dabei sind 91 % der Informatik-Absolventen in Beschäftigung im Vergleich zu 84 % aus den Fächern Kunst, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Journalismus.

Ohne die berufliche gegen die akademische Bildung auszuspielen, bleibt festzuhalten, dass der deutliche Anstieg der Studienanfängerquoten mit einem zunehmenden Mangel an Ausbildungsbewerberinnen und -bewerbern einhergeht. 2016 gab es das 9. Jahr in Folge mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber – dies dürfte sich auch 2017 wiederholen. Den Betrieben fehlen seit Jahren junge Menschen für die Ausbildung zu Fachkräften. Viele Ausbildungsanfänger kommen erst auf dem Umweg über ein abgebrochenes Studium in die Betriebe.

Daher muss in der Berufs- und Studienorientierung die Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung gelebt, die Chancen einer dualen Ausbildung müssen aufgezeigt werden. Insbesondere den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sind die Bandbreite an Ausbildungsberufen oder dualen Studiengängen und die dortigen Karriere- und Entwicklungschancen meist wenig bekannt. Dies kann zu falschen Entscheidungen führen und Abbrüche eingeschlagener Bildungswege nach sich ziehen. Hier besteht Nachhol- und Verbesserungsbedarf. Das Schulsystem braucht eine systematische, curricular festgeschriebene Berufs- und Studienorientierung in allen Schulformen der Sekundarstufen I und II, die in engem Austausch mit der beruflichen Praxis erfolgt.

Kritisch anzumerken ist, dass die Fokussierung der OECD auf den akademischen Bereich auch die Bedeutung der Aufstiegsfortbildung für Absolventen einer dualen Ausbildung verkennt. Eine Studie des IW Köln (2016) zeigt: Auch wenn Akademiker im Durchschnitt einen höheren Stundenlohn haben als Fortbildungsabsolventen, erzielt mit 28 % ein beachtlicher Anteil der Fortbildungsabsolventen ein Einkommen über dem durchschnittlichen Akademikerverdienst.

Position der OECD zur dualen Ausbildung bleibt ambivalent

Rd. die Hälfte aller 25- bis 34-Jährigen haben als höchsten Bildungsabschluss eine betriebliche (zwei von drei) oder vollzeitschulische (einer von drei) Berufsausbildung oder Aufstiegsfortbildung (Meister/in, Techniker/in, Fachwirt/in). Bemerkenswerterweise ist ihre Beschäftigungsquote mit 86 % praktisch ebenso hoch wie die ihrer Altersgenossen mit Studienabschluss.

Auf die private Finanzierung entfallen im Bereich der beruflichen Bildung 49 % der Ausgaben – durch das hohe Engagement der Unternehmen. Die guten Ergebnisse des deutschen Berufsbildungssystems spiegeln sich auch im geringen Anteil junger Menschen wider, die sich weder in Beschäftigung noch in Ausbildung befinden: In Deutschland sind dies 10,8 % und damit einer der niedrigsten Anteile in der OECD. Allerdings ist zu erwarten, dass dieser Anteil durch die hohe Zahl erst noch zu integrierender geflüchteter junger Menschen wieder ansteigen wird.

Es ist zu begrüßen, dass die OECD nach jahrelangem Verkennen der dualen Ausbildung in Deutschland nun umgekehrt diese als wichtige Größe für die Wirtschaft und als Schlüssel gegen Jugendarbeitslosigkeit würdigt. Dennoch fehlt es der OECD immer noch an Verständnis für die hohe Wertigkeit der beruflichen Bildung, wenn sie wiederholt eine mangelnde soziale Mobilität beklagt, weil Kinder von Eltern mit einem akademischen Abschluss eine berufliche Ausbildung absolvieren.

Frühe Bildung: Ausbau weiter vorantreiben

2015 besuchten in Deutschland 66 % der 2-Jährigen und 93 % der 3-Jährigen einen Kindergarten. Bei den 4-Jährigen waren es 97 % und bei den 5-Jährigen 98 %. Auf eine fröhliche Fachkraft kamen in Deutschland 2015 fünf Kinder unter drei bzw. zehn Kinder über drei Jahren. Der Wert für die einzelnen Bundesländer bewegte sich zwischen vier und knapp sieben Kindern unter drei bzw. acht und zwölf Kindern über drei Jahren je Fachkraft. In der OECD entfielen dagegen im Durchschnitt acht bzw. 14 Kinder auf eine Lehrkraft.



In den ostdeutschen Flächenländern, Berlin und Hamburg, besuchten bereits mehr als 80 % der 2-Jährigen eine Kita. In Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen und im Saarland waren es dagegen weniger als 60 %.

Im frühkindlichen Bereich darf der Ausbau nicht nachlassen: Zwar besuchen Kinder über 3 Jahren flächendeckend eine Kita, aber der Anteil an Ganztagsplätzen entspricht nicht dem elterlichen Bedarf. Der größte Handlungsbedarf besteht in Deutschland zudem im Bereich der Kinder unter drei Jahren. Hier deckt die Betreuung von zuletzt 33 % der Unter-3-Jährigen bei weitem noch nicht den Betreuungsbedarf von 46 %, den das Deutsche Jugendinstitut eruiert hat.

Finanzen nur teilweise über OECD-Durchschnitt

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen vom Primar- bis zum Tertiärbereich je Bildungsteilnehmer – bezogen auf das BIP pro Einwohner 2014 – waren in Deutschland mit 26 % knapp niedriger als der OECD-Durchschnitt von 27 %. Auf der Ebene einzelner Bildungsbereiche lag Deutschland im Sekundarbereich II über, in anderen Bildungsbereichen aber unter oder lediglich gleichauf mit dem OECD-Durchschnitt.

Deutschland gibt vor allem mit 18 % deutlich weniger für seine Grundschulen aus, obwohl diese die Basiskompetenzen für die weitere Schullaufbahn vermitteln (OECD-Mittel 22 %). Der Anteil des Sekundarbereichs insgesamt entsprach genau dem OECD-Mittelwert von 25 %. Auch im Tertiärbereich lag der Wert für Deutschland mit 37 % unterhalb des OECD-Mittelwerts (40 %).

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmer in Bezug zum BIP je Einwohner lagen in Thüringen mit 40 % sowie in Mecklenburg-Vorpommern mit 39 % am deutlichsten über dem Bundesdurchschnitt von 26 %. Die geringsten Werte im Ländervergleich lieferte der Indikator für Hamburg (17 %) und Bremen (22 %).

Im Durchschnitt aller Länder entsprachen die jährlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Sekundarbereich pro Schüler einem Anteil am BIP pro Einwohner von 25 %. Den höchsten Wert erreichte Thüringen mit 41 %, den niedrigsten Hamburg mit 15 %. Auch im

Tertiärbereich bestanden deutliche Unterschiede: Die höchsten Werte verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (64 %), Thüringen und Sachsen (jeweils 55 %) gegenüber Hamburg mit 25 % und Hessen mit 28 % am anderen Ende der Skala. Der Wert für Deutschland betrug 37 %.

Im internationalen Vergleich lag der Anteil der *Ausgaben für Bildungseinrichtungen* in Deutschland unter dem Mittelwert für alle OECD-Staaten: So betrug der Anteil am BIP für Deutschland 4,3 %, während es im Durchschnitt der OECD-Staaten 5,2 % waren.

Die *Gesamtausgaben je Bildungsteilnehmer* lagen 2014 in Deutschland bei 9.300 € und damit über dem OECD-Durchschnitt von 8.300 €. Sie erstreckten sich im Ländervergleich auf eine Spannweite von 7.900 € in Schleswig-Holstein und bis zu 10.600 € in Berlin. Von den Flächenländern wiesen Thüringen und Bayern mit 10.500 bzw. 10.300 € die höchsten Ausgaben auf.

Im Tertiärbereich hat der Umfang der bereitgestellten Mittel nicht mit der Zunahme der Studierendenzahl Schritt gehalten. Auch wenn die Gesamtausgaben für den Tertiärbereich zwischen 2010 und 2014 um 9 % gesteigert wurden, hinkt dies der Zunahme der Studierendenzahl hinterher. Im Hochschulbereich standen hinter den Ausgaben von bundesweit 13.600 € pro Studierenden sehr unterschiedliche Ausgaben in den Ländern. Die Spannweite der Werte reichte von 11.200 € in Rheinland-Pfalz bis 17.500 € in Niedersachsen. Festzuhalten ist jedoch auch, dass die Ausgaben im Tertiärbereich in Deutschland fast ausschließlich von der öffentlichen Hand getätigt werden. In anderen Ländern ist der private Anteil an den Gesamtausgaben durch Studienbeiträge höher und damit auch der Anteil am BIP.

Klassengrößen unterschiedlich

In den OECD-Staaten wurden 2015 im Durchschnitt im Primarbereich 21 Kinder zusammen in einer Klasse unterrichtet, im Sekundarbereich I waren es 23. Deutschland wies im Primarbereich genau die gleiche Klassengröße auf, im Sekundarbereich I war es ein Schüler mehr. In allen Bundesländern gab es im Sekundarbereich I höhere Klassenstärken als im Primarbereich, diese fielen allerdings sehr unterschiedlich aus.



Die Spanne reichte im Primarbereich von 18 Schülern je Klasse in Rheinland-Pfalz bis zu 23 in Nordrhein-Westfalen und Berlin sowie im Sekundarbereich I von 21 in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen bis zu 27 in Nordrhein-Westfalen. Die kleinsten Klassenstärken wiesen vier ostdeutsche Flächenländer und Bremen auf. Im Primarbereich gab es sowohl in ost- (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen) als auch in westdeutschen (Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen) Flächenländern niedrige Klassengrößen (unter 20 Schüler je Klasse).

Überdurchschnittlich viele Lehrkräfte im Alter 50+

Während in den OECD-Staaten im Durchschnitt im Primar- wie im Sekundarbereich I etwa 30 % der Lehrkräfte 50 Jahre und älter waren, waren in Deutschland 41 % der Lehrkräfte im Primarbereich und 48 % im Sekundarbereich I älter als 49 Jahre.

Zwischen den Bundesländern gab es deutliche Unterschiede in der Altersstruktur der Lehrkräfte. Im Primarbereich reichte der Anteil der 50-Jährigen und Älteren von 32 % in Hamburg und Hessen bis zu 54 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Sekundarbereich I wies ebenfalls Hamburg mit 33 % den niedrigsten Anteil älterer Lehrkräfte auf, den höchsten Anteil hatte Thüringen mit 70 %. Bei den jüngeren Lehrkräften unter 30 Jahren waren die Unterschiede zwischen den Ländern ebenfalls prägnant: Im Primarbereich waren in Berlin und Schleswig-Holstein nur 4 % der Lehrkräfte jünger als 30 Jahre, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt lediglich 3 %. Dagegen waren es 11 % im Saarland und jeweils 10 % in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Vor allem Frauen arbeiten im Lehrerberuf – insbesondere an den Grundschulen

Der Frauenanteil am Lehrpersonal betrug im OECD-Durchschnitt für alle Bildungsbereiche vom Elementar- bis zum Tertiärbereich 70 %, für Deutschland 66 %.

Die Spanne reichte dabei von 60 % in Bremen bis zu 74 % in Brandenburg. In allen ostdeutschen Flächenländern lag der Frauenanteil bei 68 % und höher. Im Sekundarbereich I schwankte der Frauenanteil am Lehrpersonal zwischen den Ländern um 15, im Sekundarbereich II um 20 Prozentpunkte. Die höchsten Frauenanteile im Sekundarbereich I hatten Mecklenburg-Vorpommern mit 77 % sowie Sachsen-Anhalt mit 76 %. Den niedrigsten Frauenanteil wies Hessen mit 62 % auf. Im Sekundarbereich II waren mit einem Anteil von 67 % in Sachsen-Anhalt die meisten Lehrkräfte weiblich. Dagegen betrug der Anteil im Sekundarbereich II im Saarland lediglich 48 % und in Bremen nur 47 %.

Je höher die Bildungsstufe, desto geringer der Frauenanteil: Im Tertiärbereich betrug der Frauenanteil nur noch 38 %. Die Spanne zwischen den Bundesländern belief sich im Tertiärbereich auf acht Prozentpunkte mit 42 % in Brandenburg und 34 % in Baden-Württemberg.

Lehrermangel wird nicht adressiert

Weder der OECD-Bericht noch die deutsche Ergänzung nehmen das Thema Lehrermangel zur Kenntnis. Zwar werden die vergleichsweise guten Gehälter hervorgehoben, die aber offenbar nicht vor einem gravierenden Personalmangel schützen, der sich schon länger in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin u. a. Ländern abzeichnet und ein Kernproblem der kommenden Jahre sein wird. Dabei wird der Bedarf an Lehrkräften noch steigen, denn die Schülerzahlen wachsen wieder an, auch die bisherige demografische Rendite wird durch den Aufwuchs aufgebraucht werden (s. Studie der Bertelsmann Stiftung „Demographische Rendite adé“ vom Juli 2017, die rd. eine Million mehr Schülerinnen und Schüler für das Jahr 2025 prognostiziert als die KMK). Lehrermangel besteht aktuell vor allem in den beruflichen Schulen sowie in mehreren Bundesländern im Grundschulbereich.

Ansprechpartner:

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Bildung | Berufliche Bildung
T +49 30 2033-1500
bildung@arbeitgeber.de